

Land der Betrüger

Autor(en): **Kishon, Ephraim**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **108 (1982)**

Heft 9

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-601464>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Land der Betrüger

Als der Finanzminister der Plenarsitzung die Gesetzesvorlage über «Nationales Atemanhalten» unterbreitete, konnte niemand ahnen, dass sich dieses Gesetz zum Stein des Anstosses entwickeln würde. Alle glaubten, es würde sich hierbei um eine routinemässige Gesetzesvorlage handeln, und in der Tat liess das Gesetz keinerlei Gründe oder Tendenzen erkennen, die den infolge seiner Vorlage ausgelösten Entrüstungssturm hätten rechtfertigen können. Die Gesetzesvorlage hatte zum Ziel, Mittel für das Finanzministerium aufzutreiben, das sich zu jenem Zeitpunkt vor das Problem gestellt sah, Staatsschulden zu decken, die in der zweiten Hälfte des Haushaltsjahres das Zweifache des Nationalprodukts erreicht hatten; gleichzeitig sollte damit der übermässig hohe Lebensstandard der Bevölkerung gesenkt werden.

Der Wortlaut des Gesetzes war deutlich und kurz. «Vom kommenden Montag an», lautete es, «ist es allen Bürgern des Staates sowie nicht ansässigen Bewohnern, deren Aufenthalt im Land zwei Stunden überschreitet – nachfolgend als Steuerpflichtige bezeichnet – untersagt, Luft einbeziehungsweise auszuatmen, sei es durch die Nase, den Mund oder auf anderem Wege. Ausgenommen hiervon sind das diplomatische Personal, ferner offizielle Gäste der Regierung und der Sammelaktionen. Innerhalb eines Monats hat jeder Steuerpflichtige eine Erklärung mit Datum und genauer Stunde des Luftaufnahmestoppes abzugeben. Bei Nichteinhaltung der Bestimmungen sind folgende Massnahmen vorgesehen: Vorlage einer vorsätzlich falschen Erklärung – 3000 Shekel Geldstrafe beziehungsweise Freiheitsentzug bis zu einem Jahr beziehungsweise beides. Bei einem Verstoß gegen die eigene Erklärung und somit gegen das Gesetz über Nationales Atemanhalten – bei Luftatmung also – Geldstrafe bis zu 10000 Shekel beziehungsweise Freiheitsentzug bis zu drei Jahren beziehungsweise beides.»

Der Finanzminister rechtfertigte die Gesetzesvorlage mit der Annahme, dass es ihm auf diesem Wege gelingen würde, über Geldstrafen einen Betrag von rund sechzig Milliarden Shekel einzutreiben, ohne dabei gegen das Prinzip zu verstossen, die Steuerlasten im laufenden Haushaltsjahr nicht weiter zu erhöhen. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, nach Verabschiedung des Gesetzes über Nationales Atemanhalten endlich wieder aufatmen zu können, doch das Parlament distanzierte sich fast einmütig von seinem Entwurf. Selbst der

Sprecher der Arbeiterpartei verwahrte sich gegen den verallgemeinernden Wortlaut des Gesetzes und meinte, dass es vom Arbeiterstand – insbesondere von den körperlich Tätigen – nicht erwartet werden kann, dass sie beim Schaffen aufs Atmen verzichten, und schlug daher vor, die Gesetzesvorlage in diesem Sinne zu ändern. Hingegen übte der Sprecher der Liberalen scharfe Kritik am Gesetz und hob hervor, dass die Höhe der vorgeschlagenen Geldstrafen in keinem Verhältnis zum Verstoß stünde und dass eine Verabschiedung des Gesetzes zu einer Verarmung des Handelssektors führen könnte. Die Zentrums-partei schlug daher vor, die Geldstrafe auf 1000 Shekel zu verringern. Schechter (Arbeiterpartei) im Parlament: «Schon suchen Sie nach Wegen, sich zu drücken!» Feinholz (Likud-Block): «Ihr drückt euch!» Schechter (Arbeiterpartei): «Ihr!» Feinholz (Likud-Block): «Ihr selbst!» Die Sozialisten beantragten, die Kibbuz-Siedlungen mit der Begründung auszusparen, dass die dort ausgeübte landwirtschaftliche Tätigkeit im Freien erfolge und die verbrauchte Luftmenge daher keinen weiterreichenden Einfluss auf die allgemeine Lage haben würde. Steiner (Liberaler): «Weshalb sollen die Kibbuzim nicht auch bezahlen?» Felix (Sozialisten): «Arschloch!» Die religiösen Parteien nutzten die Diskussion, um die Frage der rituellen Eignung der Sacherorte wieder aufzuwirbeln, und der Rechtsblock erklärte, die Gesetzesvorlage – zumindest in der vorliegenden Fassung – wäre kein Ersatz für die Ölfelder in der Halbinsel Sinai. Der Sprecher der kommunistischen Partei lieferte eine vernichtende Kritik über den amerikanischen Geheimdienst. Nach ihm meldeten sich noch weitere achtzehn Sprecher von achtzehn Parteien zu Wort, die, wie alle anderen vor ihnen, ihre energische Ablehnung des Gesetzes äusserten. Im Anschluss daran fand die Abstimmung statt, und das Gesetz über Nationales Atemanhalten wurde mit überwältigender Mehrheit verabschiedet.

Das Gesetz löste in der Öffentlichkeit erhebliche Verbitterung aus, da es die für die Öffentlichkeitsarbeit des Finanzministeriums verantwortlichen Stellen versäumt hatten, rechtzeitig hochwertiges Informationsmaterial zu verteilen. Die Oppositionsparteien nutzten den unpopulären Charakter des Gesetzes, veranstalteten Protestaktionen und brachten überall Plakate an, in denen sie die Bevölkerung

aufriefen, auch weiterhin zu atmen. In den arabischen Dörfern führten die Kommunisten eine bösartige Propagandakampagne gegen das Gesetz. In allen Gesellschaftsschichten war in Verbindung mit dem Atemanhalten eine gewisse Unruhe spürbar.

Auch die Presse erhob ihre Stimme gegen das Gesetz.

«... Wie dem auch sei», warnte der Leitartikel einer Wirtschafts-Wochenzeitung, «und egal, wie hoch das Defizit im Haushalt auch sein mag, ein solches Gesetz wird es nicht verringern. Es wird lediglich die Löcher an einer Stelle stopfen, indem es anderswo neue Löcher aufreißt oder umgekehrt. Das Gesetz wird die Kaufkraft von der einen Gesellschaftsschicht in die andere verlagern, und diese Verlagerung wird an ihrem Ausgangspunkt zu Arbeitslosigkeit führen, um im Zielbereich die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.»

Das Gewerkschaftsorgan steckte nicht zurück und reagierte hart auf den Angriff. Es stellte fest, dass das Gesetz zwar noch nicht den erwünschten Stand erreicht habe, in dem sämtliche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren optimal aufeinander abgestimmt seien, dennoch sei es unverantwortlich, eine dermassen harte Kritik an einem Gesetz zu üben, das im wesentlichen der Entwicklung des Landes dient. «Allerdings wird das Gesetz ein mechanisch erfülltes Gebot bleiben», schrieb das Blatt der Allgemeinen Gewerkschaft, «wenn die Regierung es nicht versteht, dem Volk beizubringen, dass die Last des Atemanhaltens eine von den Realitäten aufgezwungene Notwendigkeit ist, vor der es in dieser Phase des Aufbaus kein Entzinnen gibt. Daher ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den Behörden und der Bevölkerung erforderlich, um das Gesetz nach Buchstabe und Geist mit Leben zu erfüllen.»

Dennoch war nicht zu übersehen, dass die Anzahl der Befürworter des Gesetzes in der Bevölkerung ziemlich gering war, während die entschiedenen Gegner desselben ständig zahlreicher wurden. So musste eines Tages auch der Finanzminister die Zweifel in der Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen. Er zog die Konsequenzen und richtete in sämtlichen Sälen des Nationalen Museums in Jerusalem eine gewaltige Zentralstelle für Atmungsdelikte mit Sünderkartei ein. Zu diesem Zweck stellte er 1800 Beamte neu ein, ferner rund 2000 Zivilfahnder zur Entlarvung derjenigen, die selbst nach Inkrafttreten des Gesetzes das Atmen fortsetzten.

Der erste Steuerpflichtige, den der Zufall in die Hände der Landeszentrale führte, war ein Apotheker aus Haifa. Zwei Wochen nach Ablauf der Frist für die Einreichung der erwähnten Erklärung ging in der Zentrale ein anonymes, von «ein Patriot» signiertes Schreiben ein. Darin teilte er den Behörden mit, dass jener Apotheker aus Haifa den ganzen Tag lang ununterbrochen atmen würde. Zwei erfahrene Fahnder wurden zwecks Überprüfung der Anschuldigungen an den Tatort beordert und stellten dabei fest, dass die Angaben des Patrioten auf durchaus soliden Tatsachen beruhten. Der gesetzlose Apotheker wurde unverzüglich in die Haifaer Aussenstelle der Atmungszentrale zitiert, wo der Aussenstellendirektor eine Vorermittlung durchführte.

Nachstehend die Niederschrift des Verhörs, das mit einem Zusammenbruch sämtlicher Behauptungen des Apothekers endete:

Direktor: «Sie wissen, mein Herr, weshalb ich Sie geladen habe.»

Apotheker: «Nein.»

Direktor: «Nein? Nun, dem mir vorliegenden vertraulichen Bericht zufolge genügen Sie den Bestimmungen des Gesetzes über Nationales Atemanhalten nicht und atmen auch weiterhin, obwohl Sie Ihrer Erklärung gemäss vor anderthalb Monaten zu atmen aufgehört haben wollen.»

Apotheker: «Was in meiner Erklärung steht, trifft zu. Ich atme seit langem nicht mehr.»

Direktor: «So? Dem Bericht zufolge hat man Sie am 12. des vergangenen Monats wie auch am 7. dieses Monats atmen gesehen, mein Herr! Im ersten Fall geschah dies in ihrer Apotheke und das zweitemal auf dem Platz der Helden.»

Apotheker: «Das ist unmöglich. Vielleicht liegt ein Fehler vor ...»

Direktor: «Können Sie, mein Herr, beweisen, dass Sie an jenen Tagen *nicht* geatmet haben?»

Apotheker: «Vorerst verfüge ich über keine Zeugen, doch ich verspreche Ihnen, Herr Direktor, dass ich seit langem nicht mehr atme. Es ist bestimmt wahr.»

Direktor: «Hören Sie mir mal zu, mein Herr! Sie wollen mich wohl für dumm verkaufen! Sagen Sie mir doch, Freundchen: Wenn Sie tatsächlich – wie Sie behaupten – seit anderthalb Monaten keinen einzigen Atemzug vollzogen haben, wie können Sie dennoch am Leben sein?»

Apotheker: «Ich weiss es nicht ... Ich hatte ein wenig Reserve in den Lungen ...»

Direktor: «Sie sind ein schlauer Fuchs, aber auch ich bin nicht vom Mond gefallen. Sie meinen, ich weiss nicht, dass Sie selbst in diesem Augenblick atmen!»

Apotheker: «Nein, das ist doch lächerlich.»

Direktor: «So? Das werden wir gleich herausbekommen ... (Er befestigt eine Wäscheklammer an der Nase des Apothekers und stopft ihm ein Taschentuch in den Mund.) Warten wir ein wenig. *Ich* habe Zeit.» (Man sitzt schweigend und wartet etwa zwei Minuten.)

Apotheker: (Sein Gesicht nimmt eine bläuliche Färbung an, er spuckt das Taschentuch aus und atmet tief.)

Direktor (mit verhaltenem Zorn): «Dreckiger Betrüger!»

Der Drückeberger bekam eine Geldstrafe von 9462 Shekel auferlegt, und die Behörden lernten aus dem charakteristischen Vorfall, dass sie grösste Aufmerksamkeit walten lassen müssen, da andernfalls kein Mensch dem Gebot des Gesetzes Folge leisten würde. Und in der Tat blieben auch alle öffentlichen Bemühungen erfolglos. Die Zentrale veröffentlichte in der Presse eine «Atemspalte», in der den Steuerpflichtigen ihre Pflicht, sich der grossen nationalen Aufgabe anzuschliessen, erläutert wurde, und überall erschienen Plakate mit dem Spruch: «Angehaltener Atem schützt vor Strafe.» Doch die Bevölkerung legte eine erschütternde Gleichgültigkeit an den Tag, und ein er-

heblicher Teil setzte die Luftatmung fort, zuweilen ganz schamlos in aller Öffentlichkeit.

Daher sah sich die Zentrale – mittlerweile naturgemäss zur wichtigsten Institution des Landes avanciert – gezwungen, die Anzahl der Zivilfahnder auf 5000 zu erhöhen. Diese wendeten zunehmend verfeinerte Methoden an (beispielsweise die Schliessung beider Nasenlöcher mit den Fingern unter gleichzeitiger Anbringung eines Luftballons beziehungsweise einer Trillerpfeife an den Lippen), bis der Gesetzesbrecher selbst zusammenbrach und den Verstoß gegen das Gesetz gestand. In schwierigen Fällen wurde der Verdächtige einer Untersuchung mit dem Lügendetektor unterworfen, Kronzeugen gegenübergestellt oder von Agenten überführt, die als Fahrer, Hausgehilfin usw. getarnt den Missetäter entlarvten. Die Aussenbüros der Zentralstelle für Atmungsdelikte funktionierten munter und führten in den verschiedenen Bezirken systematische Razzien durch. Sehr bald verfügte das Finanzministerium über eine «schwarze Liste» derjenigen Steuerpflichtigen, die einmal erwischt worden waren, und diese wurden dann immer wieder mit erneuten Geldstrafen belegt. Aber auch das half nicht, die Zahl der Betrüger wuchs von Tag zu Tag. Ganz besonders nahm ihre Zahl unter den Selbständigen zu, die der Statistik zufolge nicht weniger als 65% aller Sünder gegen das Atemanhaltegesetz ausmachten und von denen die meisten Rückfallatmer auch noch im eleganten

Norden Tel-Avivs wohnten. Von den Beziehern fester Gehälter wurden lediglich 32% beim Atmen erlappt, und auch sie wurden liberal bestraft, wobei ihre Gehälter nach und nach von der Strafsumme abgezogen wurden.

Schon jetzt lässt sich feststellen, dass der Bürgersinn im Lande einen Tiefpunkt erreicht hat. Menschen, die über Jahrzehnte ein Symbol der gesellschaftlichen Rechtschaffenheit darstellten – Pioniere und Erbauer des Landes –, selbst sie atmen weiter, und nicht zu knapp, wenn man sie sich etwas näher anschaut. Nicht einmal auf die Besten der Besten gibt es noch Verlass. Als hätte eine Seuche das Land befallen, mit Ausnahme einiger weniger Parteigetreuer heckt fast jeder Bewohner seinen kleinen Plan aus, wie er es den Behörden verheimlichen kann, dass auch er regelmässig und vorzüglich atmet. Der Finanzminister ist völlig enttäuscht von diesem Volk, das die Gesetze des Landes in solch zynischer Weise ignoriert. Einige sehen die Ursache dafür im gettomässigen Gedankengang, der den kleinen Juden dazu erzogen hat, in Anweisungen der Obrigkeit automatisch eine Beraubung und Unterdrückung zu sehen, der es zu entkommen gilt. Jedenfalls lässt sich gegenwärtig nur schwer feststellen, wer dafür verantwortlich ist, dass sich dieses mustergültige Pionierland in ein Betrügerlager verwandelt hat.

